

-Gegen Empfangsbekanntnis-

Verbandsgemeindeverwaltung
Kirchheimbolanden
Gasstraße 4
67292 Kirchheimbolanden

Fischerstraße 12
67655 Kaiserslautern
Telefon 0631 62409-0
Telefax 0631 62409-418
Referat32@sgdsued.rlp.de
www.sgdsued.rlp.de

16.12.2025

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
6423-0006#2022/0002 -0111 32 AB4	VGW/825-30/19/FI		

Ihr Antrag auf Änderung der gehobenen Erlaubnis gemäß §§ 8, § 15 WHG i.V.m. § 14, § 16 LWG für die Einleitung von gereinigtem Abwasser aus der Kläranlage Orbis und Mischwasser aus dem Stauraumkanal, in die Selz sowie auf Genehmigung zum Umbau und Betrieb, gemäß § 62 LWG.

Hier: Verlängerung der Erlaubnis zur Einleitung von gereinigtem Abwasser aus der Kläranlage Orbis sowie die Einleitung von Mischwasser aus dem Stauraumkanal über den bestehenden Beckenüberlauf (obenliegende Entlastung).

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz erlässt hierzu folgenden

B E S C H E I D

I.

1/7

Konto der Landesoberkasse:
Deutsche Bundesbank, Filiale Ludwigshafen
IBAN: DE79 5450 0000 0054 5015 05
BIC: MARKDEF1545

Ust-ID-Nr.:
DE 305 616 575

Besuchszeiten:
Montag-Donnerstag
9.00–12.00 Uhr, 14.00–15.30 Uhr
Freitag 9.00–12.00 Uhr



Im Rahmen des Verfahrens werden personenbezogene Daten erfasst und gespeichert. Nähere Informationen finden Sie hierzu auf unserer Internetseite <https://sgdsued.rlp.de/de/datenschutz/>
Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die Virtuelle Poststelle der SGD Süd, siehe <https://sgdsued.rlp.de/service/elektronische-kommunikation>

Die der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden mit Bescheid der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd vom 13.01.2022, Az.: 32/4-14.14.08-203/00 erteilte **gehobene Erlaubnis**, zuletzt geändert mit Bescheid vom 29.11.2023, Az.: 6422-0002#2022/0002-0111 32 AB4, wird wie folgt **geändert**:

1. Die Ziffer I. 5 wird wie folgt geändert, bzw. ergänzt:

*„5. Die Einleitung von gereinigtem Abwasser aus der Kläranlage Orbis sowie die Einleitung von Mischwasser aus dem Stauraumkanal über den bestehenden Beckenüberlauf (obenliegende Entlastung) in die Selz, dürfen bis zur Inbetriebnahme der neu zu errichtenden Pumpstation und dem Umbau der Regentlastungsanlage, **jedoch längstens bis zum 31.12.2027**, im Rahmen der Erlaubnis vom 09.10.2000, Az.: 32/4-14.14.08-203/00, zuletzt geändert am 29.11.2023 im bisherigen Zweck und Umfang weiter erfolgen.*

Die Einleitmengen, Überwachungsparameter und sonstige Regelungen gelten entsprechend und sind zu beachten.“

- 2.** Die Genehmigung nach § 62 LWG zum Bau und Betrieb wird hinsichtlich der Gültigkeit für das Bauende der Maßnahme verlängert bis zum **31.12.2027**.
- 3.** Die Festsetzungen, Nebenbestimmungen und Hinweise des Bescheides vom 13.01.2022, Az.:32/-14.14.08-203/00, gelten unverändert weiter und sind zu beachten.
- 4.** Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin. Für diesen Bescheid wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von **344,60 EUR** festgesetzt

II. Gründe

1. Die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden hat mit Schreiben vom 03.12.2025 die Änderung der gehobenen Erlaubnis vom 13.01.2022, zuletzt geändert am 29.11.2023 für die Einleitung von gereinigtem Abwasser aus der Kläranlage Orbis und Mischwasser aus dem Stauraumkanal, in die Selz sowie auf Genehmigung zum Umbau und Betrieb, gemäß §62 LWG beantragt.

2. Die Änderung wird erforderlich, da die Fertigstellung der geplanten Baumaßnahmen erst Ende 2027 möglich ist. Als Begründung der Verzögerung führt die Verbandsgemeinde an, dass aufgrund vergaberechtlicher Belange als auch geänderte abfallrechtliche Deklarationen weitergehende Prüfungen und Untersuchungen notwendig werden.

Die Verbandsgemeinde beabsichtigt nun lt. vorgelegten Bauablaufplan im Jahr 2026 die Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe der noch ausstehenden Maßnahmen anzugehen und die Umbaumaßnahmen ab Juni 2026 umzusetzen. Die Baumaßnahmen sollen bis Ende 2027 abgeschlossen sein.

Nach fachtechnischer Prüfung, insbesondere der fortgeschriebenen Schmutzfrachtberechnung für das Einzugsgebiet der Kläranlage Monsheim (Stand: Sep. 2022), konnte dem Antrag der Verbandsgemeinde entsprochen und die beantragte Erlaubnisänderung erteilt werden.

3. Dieses Vorhaben stellt eine Gewässerbenutzung i. S. d. § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG dar und bedarf nach § 8 Abs. 1 WHG einer behördlichen Erlaubnis.

Im Verfahren wurden keine weiteren Stellen und Behörden unterrichtet, da Umfang und Zweck der Erlaubnis nicht geändert wurde.

4. Gründe des Allgemeinwohls, die eine Versagung der beantragten Anpassung der Gewässerbenutzung rechtfertigen würden (§ 12 WHG) liegen nicht vor, so dass nach Festsetzung der erforderlichen Benutzungsbedingungen und Nebenbestimmungen die Erlaubnis gem. §§ 8, 9, 10, 13, 15 u. 57 WHG sowie des § 4 AbwAG i.V.m. den Bestimmungen des LAbwAG erteilt werden konnte.
5. Bei der Festsetzung des Umfanges der Gewässerbenutzung wurde berücksichtigt, dass jede vermeidbare Beeinträchtigung der Gewässerbeschaffenheit zu unterbleiben hat (§§ 1 u 6 WHG).
6. Die nach § 27 WHG erforderliche Prüfung des Verschlechterungsver- und Zielerreichungsgebotes ergab, dass die beantragte Gewässerbenutzung „Einleitung von gereinigtem Abwasser sowie Mischwasser in die Selz“ nicht den für den Oberflächenwasserkörper „Obere Selz“ aufgestellten Bewirtschaftungszielen widerspricht bzw. nicht deren fristgemäße Erreichung gefährdet.
Bei der „Selz“ handelt es sich um ein erheblich verändertes Gewässer im Sinne des § 28 WHG. Der Oberflächenwasserkörper hat ein unbefriedigendes ökologisches Potenzial und befindet sich in einem guten chemischen Zustand.
Eine Verschlechterung des ökologischen Potenzials und chemischen Zustands ist aufgrund der Verlängerung der Fristen nicht zu erwarten. Eine Gefährdung der fristgerechten Zielerreichung kann ebenfalls ausgeschlossen werden, da mit der Maßnahme bereits begonnen wurde.
7. Die Zuständigkeit der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd für diese Entscheidung ist in den §§ 19, 92, 96 LWG sowie § 12 Abs. 1 LAbwAG geregelt.
8. Die Entscheidung über die Verfahrenskosten beruht auf § 13 LGebG i.V.m. der Landesverordnung über Gebühren auf dem Gebiet des Umweltrechts (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 28.08.2019 (GVBl.S. 235). Grundsätze für die Ausfüllung der Rahmensätze ergeben sich aus dem Schreiben des Ministeriums für

Umwelt und Forsten vom 02.07.1997. Die Kostenfestsetzung ist durch gesonderte Berechnung erfolgt. Die Festsetzung des ausgewiesenen Betrages berücksichtigt einerseits den Verwaltungsaufwand und andererseits den wirtschaftlichen Wert oder den sonstigen Nutzen der Amtshandlung für den Gebührenschuldner.

Der Gesamtbetrag in Höhe von **344,60** EUR (i.W.: **dreihundertvierundvierzig** ⁶⁰/₁₀₀ EURO) ist sofort zahlbar und an die Landesoberkasse Koblenz, unter Angabe des Buchungszeichens "2025/144/25/332/1481/111 11" auf das oben angegebene Konto zu überweisen.

Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Gebühren oder Auslagen nicht entrichtet, so kann für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v.H. des rückständigen Betrages erhoben werden.

III.

Rechtsbehelfsbelehrung

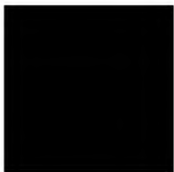
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Fischerstraße 12, 67655 Kaiserslautern oder Postfach 1440, 67603 Kaiserslautern, schriftlich, in elektronischer Form nach § 3 a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, schriftformersetzend nach § 3 a Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und § 9 a Abs. 5 des Onlinezugangsgesetzes oder zur Niederschrift erhoben werden.

Wichtiger Hinweis:

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die auf der Homepage der SGD Süd unter <https://sgdsued.rlp.de/de/service/elektronische-kommunikation/> aufgeführt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Anlagen: Rechtsgrundlagen
Empfangsbekanntnis

Rechtsgrundlagen

- Gesetz zur Neuregelung des Wasserrechts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12.08.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189)
- Landeswassergesetz (LWG) vom 14.07.2015 (GVBl. S.127 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.07.2025 (GVBl. S. 305)
- Abwasserabgabengesetz (AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 22.08.2018 (BGBl. I S. 1327)
- Landesgesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (Landesabwasserabgabengesetz - LAbwAG) vom 22.12.1980 (GVBl. S. 258), zuletzt geändert durch § 13 des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (LUVPG) vom 22.12.2015 (GVBl. S. 516 ff)
- Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.06.2004 (BGBl. I S. 1108, 2625), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 17.04.2024 (BGBl. 2024 I Nr.132)
- Landesgebührengesetz für Rheinland-Pfalz (LGebG) vom 03.12.1974 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. 2024, S. 473)
- Landesverordnung über Gebühren auf dem Gebiet des Umweltrechts (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 28.08.2019 (GVBl. S. 235 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 09.04.2025 (GVBl. 2025, S. 103)
- Landesverordnung über Gebühren für Amtshandlungen allgemeiner Art (Allgemeines Gebührenverzeichnis) vom 08.11.2007 (GVBl. 2007 S. 277), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.05.2025 (GVBl. 2025, S. 108)
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 25.05.1976 (BGBl. I, S. 1253), in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236)
- Landesgesetz über die Verwaltungsverfahren in Rheinland-Pfalz (Landesverwaltungsverfahrensgesetz - LVwVfG -) vom 23.12.1976 (GVBl. S. 308), zuletzt geändert durch § 48 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 487)
- Verwaltungsgerichtsordnung (VVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 328)
- Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) in der Fassung vom 10.11.1993 (GVBl. S. 595), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.02.2025 (GVBl. S. 15)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG) vom 06.10.2015 (GVBl. 2015, S. 283), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287)
- Landesverordnung über die Selbstüberwachung von Abwasserbehandlungsanlagen (SÜVOA) vom 27.08.1999 (GVBl. 1999, S. 211), zuletzt geändert durch § 137 des Landeswassergesetzes vom 14.07.2015 (LWG) (GVBl. S.127)
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz -(LBauO) vom 24. 11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2024 (GVBl. S. 365)
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz- KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
- Landeskreislaufwirtschaftsgesetz (LKrWG) vom 22.11.2013 (GVBl. S. 459), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.07.2023 (GVBl. S. 207)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306)
- Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) vom 25.07.2005 (GVBl. 2005, S. 302); zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12.08.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189)
- Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden vom 08.08.2020 (BGBl. I, S.1728), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 16.10.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 280)
- Landesverordnung über Prüfsachverständige für Standsicherheit (PrüfStBauVO) vom 24.09.2007 (GVBl. S.197 ff), zuletzt geändert durch Artikel 34 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473)
- Landesverordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft (Landeskompensationsverordnung - LKompVO -) vom 12.06.2018 (GVBl. 2018, S.160), zuletzt geändert durch Artikel 87 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473)
- Landeskompensationsverzeichnisverordnung (LKompVzVO) vom 12.06.2018 (GVBl. 2018, S. 158), zuletzt geändert durch Artikel 88 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473)
- Landestransparenzgesetz (LTranspG) vom 27.11. 2015, zuletzt geändert durch § 134 des Gesetzes vom 23.09.2020 (GVBl. S. 461)